



HESSISCHER LANDTAG

31. 08. 2017

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Mobilitätsberatung für das Landes-Ticket

Die Landesregierung hat im Rahmen des Eckpunkte-papiers zum neuen Tarifvertrag des Landes Hessen die kostenlose Nutzung des Nah- und Regionalverkehrs durch sämtliche Tarifbeschäftigte in Aussicht gestellt und diese Leistung als Landes-Ticket bezeichnet. Die Bediensteten des Landes Hessen erhalten zwar ein Landes-Ticket, allerdings ohne eine auf den Wohn- und Arbeitsstandort bezogene Mobilitätsberatung, wie die unterschiedlichen Verkehrsträger am effizientesten genutzt werden können. Es erfolgt auch keine Befragung der Bediensteten, um das Mobilitätsverhalten und die Umsteigepotenziale abzufragen und so die optimale Verkehrsmittelwahl zu ermöglichen.

Die Evaluation kann auch noch einmal dazu dienen, um die Probleme, die sich für die Bediensteten zum Beispiel durch fehlende ÖPNV-Verbindungen ergeben, zu dokumentieren und nach-zusteuern.

Beispielgebend für die Beratung zur betrieblichen Mobilität ist die IHK Darmstadt Rhein Main Neckar als Teil des Netzwerks "südhessen effizient mobil". Im Rahmen dieses Programms erfolgt eine systematische Analyse der Mobilität beim Arbeitgeber. Neben Maßnahmen zur Förderung der ÖPNV-Nutzung werden Maßnahmen auch für die Bereiche des Rad- und Fußverkehrs, der optimalen Pkw- und Dienstwagen-nutzung, der Information, Motivation und Beratung von Angestellten und Besuchern sowie zur Organisation erstellt. Die oben genannten Erhebungen werden mit der Analyse und den individuellen Maßnahmen in einem Mobilitätskonzept gebündelt und können anschließend von der IHK auditert werden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass eine standortabhängige Mobilitätsberatung für die Beschäftigten des Landes Hessen sinnvoll ist. Nur durch eine genaue Beratung kann man die unterschiedlichen Verkehrsträger optimal nutzen und das Landes-Ticket findet eine effektive Anwendung.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, modellhaft zunächst in unterschiedlichen Landesbehörden eine Mobilitätsberatung analog zur Beratung von "südhessen effizient mobil" anzubieten.
3. Eine solche Beratung soll zunächst im Finanzamt Wiesbaden I und II, im Polizeirevier Sachsenhausen, im Regierungspräsidium Darmstadt, im Regierungspräsidium Gießen und im Regierungspräsidium Kassel durchgeführt werden. Nach einer Evaluation der Projekte soll geprüft werden, ob man die Mobilitätsberatung flächendeckend in den Landesbehörden anbietet.

Wiesbaden, 31. August 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel